

Die Schweiz hat kein Problem mit Schusswaffen. Mit einer Verschärfung des Waffenrechts wäre niemandem ein Gefallen getan.

Vertraut den Bürgern

Sie waren überrascht, die Basler Sozialdemokraten. Am Mittwochabend organisierten sie ein Podium zur EU-Waffenrichtlinie, über die die Bevölkerung am 19. Mai abstimmen wird. Und wenn die SP einlädt, dann kommen meist ihre Parteimitglieder und sonstige Linke aus dem linken Basel. Nicht an diesem Abend.

Der Saal war voll. Voll mit Gegnern der EU-Waffenrichtlinie. Schützen, ehemalige Milizsoldaten und Kader, Polizisten, Liberale und vor allem ganz normale Frauen und Männer, die selbst eine Waffe besitzen oder einmal eine besessen. Auf dem Podium sass zwei SPler, ein SVPLer und ein Vertreter der Sportschützen. Auch wenn die Positionen klar und ideologisch gefärbt waren, SVP gegen die EU und Schengen-Dublin, die Sozialdemokraten dafür, umso unideologischer war das Publikum. Hier sass nicht die «Waffenlobby», diese Truppe aus mehr oder weniger verschrobene Typen, deren Zeit längst abgelaufen war, wie immer wieder kolportiert wird.

Das Publikum protestierte zwar bei Voten der Linken, aber es war nicht polemisch, es wurde nicht ausfällig. Es wollte der Politik schlicht und sachlich klarmachen, dass das Schweizer Stimmvolk nicht auf dieses EU-Diktat eintreten sollte. Und dass es, anders als dies die Befürworter des Waffengesetzes darstellen, nicht um kleine, geradezu kosmetische gesetzliche Anpassungen geht. Diesem Publikum ging es in erster Hand nicht um Magazingrößen, halbautomatische Waffen oder um den eidgenössischen Schiesssport, nicht um Pro-Schengen oder Anti-EU. Diesem Publikum ging es um Grundsätzliches. Und es hat recht.

Schusswaffen sind ein heikles Thema. Sie sind dafür da, einem Menschen oder einem Tier das Leben zu nehmen. Schusswaffen können Bedrohung oder Garant für Sicherheit sein. In den richtigen Händen können sie Leben retten, in falschen Händen richten sie Fürchterliches an, egal wo.

Nicht aber in der Schweiz. Die Tötungsrate auf 100 000 Einwohner liegt bei 0,045 Prozent (Stand: 2016). Und auch wenn jeder Tote einer zu viel ist:



Bewaffnete Zivilisten – und niemand braucht Angst zu haben. Foto: Keystone

Wir sind kein kriminelles Land. Und doch sind wir bis zu den Zähnen bewaffnet. Über zwei Millionen Schusswaffen sollen sich gemäss Bund in privaten Schweizer Haushalten befinden. Doch selbst die allermeisten Befürworter der EU-Waffenrichtlinie räumen ein: Es gibt kein Problem.

Das eigentliche Problem, das wurde an diesem Abend immer klarer, ist die Fremdbestimmung. Sie ist es, die stark polarisiert. Der Waffenbesitz per se ist keines der Themen, die die Bevölkerung beschäftigen.

Und so sind wir bei der eigentlichen Problematik. Die EU hat bereits im Vorfeld angekündigt, dass dieses Gesetz nur ein erster «Meilenstein» (Jean-Claude Juncker) sei und man halbautomatische Waffen und grosskalibrige Jagdwaffen sukzessive verbieten möchte. 2022 und 2027 wird noch einmal über das Gesetz beraten werden, und es wird möglicherweise revidiert. Die EU wird zudem untersuchen, ob die Schweiz die Waffenrichtlinie so umsetzt, wie sie es will, und dann sehr wahrscheinlich weitere Verschärfungen verlangen.

Das alles wird keinen grossen Einfluss auf die Statistik der Schusswaffenverbrechen haben. Nirgends. Nicht nur die Schweiz, auch Europa hat kein Problem mit Schusswaffen. Jedenfalls

Das eigentliche Problem, das wurde an diesem Abend immer klarer, ist die Fremdbestimmung.

nicht mit legal erworbenen Waffen. Man kann natürlich mit der erhöhten Suizidrate in der Schweiz argumentieren, aber ein Verbot von Schusswaffen zur Verhinderung von Selbstmorden ist Symptombekämpfung.

Der offizielle Grund für die EU-Waffenrichtlinie waren ursprünglich terroristische Anschläge. Nur: Von Charlie Hebdo, dem Attentat im Pariser Bataclan, bis zum Amoklauf in München: Jedes Mal wurden Schusswaffen verwendet, die schon heute illegal sind, oder sie wurden auf dem internationalen Schwarzmarkt gekauft. Die EU-Richtlinie ist grundsätzlich keine Massnahme zur Bekämpfung der Kriminalität oder des Terrors, sondern – und ja, auch wenn die SVP diesen Begriff im momentanen Abstimmungskampf unerträglich inflationär gebraucht – eine Entwaffnung der Bevölkerung und eine Verschiebung des Waffenmonopols in Richtung Staat. Die Terroranschläge nur der willkommene Anlass dazu.

Zurzeit hat jeder volljährige Bürger – nach einem umfassenden Background-Check – das Recht, mindestens drei Schusswaffen zu erwerben. Anders als in vielen Staaten auf dieser Welt gibt es in der Schweiz kein staatliches Waffenmonopol. Es ist – typisch föderalistisch – auf die ganze Bevölkerung verteilt, und bis anhin haben wir unseren Mitbürgern immer vertraut.

Wir vertrauen den Biertrinkenden Soldaten im Zug mit dem Sturmgewehr auf dem Rücken. Wir vertrauen den Offizieren mit der Pistole im Holster. Wir vertrauen den Mädchen und Knaben, den Männern und Frauen, wenn sie mit dem Velo, dem Moped, dem Tram, das Gewehr geschultert, zum Schiessstand fahren. Wir vertrauen dem Jäger, der durch den Wald pirscht. Wir sind nicht verängstigt, nicht entsetzt, wenn wir zum Essen eingeladen sind und im Büro des Gastgeberers ein Waffenschrank steht. Nicht einmal die Behörden machen ein grosses Tamtam, wenn jemand mit einer Waffe auf dem Posten erscheint und sagt, er habe die noch beim Aufräumen des Estrichs gefunden und würde sie gerne abgeben.

Dieses Vertrauen geht noch weiter. In fast allen Ländern stellt das Militär die absolute Staatsgewalt dar. Und je undemokratischer eine Nation, desto bewaffneter sind ihre Behörden – und desto unbewaffneter ihre Bevölkerung.

In der Schweiz ist es anders. Die absolute Staatsgewalt, die am stärksten bewaffnete und deshalb gefährlichste Institution ist zwar ebenfalls die Armee – aber sie ist eine Streitkraft aus Bürgern in Uniform. Und diese nehmen ihre Waffen mit nach Hause. Wir schenken also den Bürgerinnen und Bürgern unser Vertrauen, um im Ernstfall gewappnet zu sein.

Warum soll das ändern? Wegen Schengen-Dublin, an das diese Richtlinie geknüpft ist? Müssen wir bei einer Ablehnung der EU-Waffenrichtlinie wirklich eine Kündigung des Vertrages und damit wieder dichte Grenzen und kilometerlange Staus befürchten? Nein.

Mit dem Vertrag wurde ein Deal ausgehandelt, der besagt, dass bei einer Ablehnung der Bundesrat 90 Tage Zeit hat, um mit der EU eine Ausnahmeregelung für die Schweiz auszuarbeiten. Das ist keine Besonderheit. Allein Deutschland verstösst momentan gegen 27 Artikel des Schengen-Dublin-Abkommens.

In der Botschaft zum Schengen-Vertrag schrieb der Bundesrat 2004: «Im Falle der Nichtübernahme einer Weiterentwicklung sind die Vertragsparteien verpflichtet, nach pragmatischen Lösungen zu suchen.» Heute scheint alles anders. Der Bundesrat beschwört mittlerweile ein dramatisches Schengen-Dublin-Szenario herauf mit einer automatischen Kündigung und spricht von einer unbedingt notwendigen «Sicherung der Zusammenarbeit» durch eine Annahme der Waffenrichtlinie. Doch das stimmt nicht. Es hat keine grosse Auswirkung auf Schengen-Dublin. Schliesslich handelt es sich, wie es der Name schon sagt, um eine Richtlinie.

Zudem sagte Bundesrat Joseph Deiss (CVP) vor der Abstimmung 2005, eine Annahme des Abkommens habe keine Auswirkungen auf das schweizerische Waffengesetz. Wo stehen wir heute? Vor einer Verschärfung. Doch das Gedächtnis der Bürger ist gut, und die Dramatisierung einer Ablehnung der Waffenrichtlinie durch die Befürworter zehrt an der Glaubwürdigkeit der Institutionen.

Fassen wir zusammen: Es gibt in der Schweiz kein Problem mit Waffen. Bei einem Nein zur EU-Waffenrichtlinie drohen de facto keine Konsequenzen. Auch gibt es keinen Grund, unseren Waffenbesitzern zu misstrauen. Das haben wir bislang auch nie getan. Wir müssen nicht jetzt damit anfangen. Das war die Botschaft der Mehrheit der Frauen und Männer am Anlass der SP Basel.



Serkan Abrecht
Redaktor

Zoom

Der Tag, an dem die Erde aufging

Apollo 8 war der erste bemannte Flug zum Mond und startete am 21. Dezember 1968 von Cape Kennedy ins All. An Bord waren die drei Astronauten Frank Borman, William Anders und James Lovell. Sie sollten die Ersten sein, die die Rückseite des Mondes zu Gesicht bekamen. Sie sollten aber auch die Ersten sein, die aus dem All einen Blick zurück auf die Erde richteten. Die Ironie dabei: Keiner hatte das so richtig auf dem Radar. Im Eifer des Gefechts, den Mond anzusteuern und zu umrunden, dachte niemand von der Nasa wirklich daran, den Heimatplaneten im Blick zu behalten. Als dann die Erde in ihrer ganzen Fragilität und Schönheit vor die Augen der drei Mondfahrer trat, gingen ihnen dieselben über. In diesem Moment entstand das Bild, welches als «Earthrise» bis heute zu den meistveröffentlichten der Fotohistorie zählt.

24 Astronauten haben auf ihren Mondmissionen diesen Blick auf den Heimatplaneten erfahren, und dazu zählen natürlich auch diejenigen, die am 21. Juli 1969, vor 50 Jahren also, die Ersten waren, die ihren Fuss auf den



«Earthrise» am 24. 12. 1968. Foto: NASA/Collection Victor Martin Malburet © William Anders

Mond setzten. Keiner von ihnen, wirklich keiner, hat sich der Eindrücklichkeit dieser Betrachtung, die eine Rückbesinnung ist, entziehen können, ja alle haben sie, je nach Temperament, nachdrücklich oder zurückhaltender von einem Erlebnis gesprochen, das ans Mystische grenzte und ihr Leben respektive die Einstellung dazu veränderte. Aber niemanden hat

es so unvermittelt getroffen wie Borman, Anders und Lovell.

Stundenlang kurvten sie um den Mond herum, beschrieben seine absolute Farblosigkeit mit den sehr unerotisch gemeinten Worten «all shades of grey» und erklärten die Krater und Löcher, die sie abfotografierten, eher für «langweilig»; kein

Platz sei das, an dem man leben oder auch nur arbeiten wollte. Bis dem Trio dann, nach dem dritten Austritt aus dem Mondschatten, die Erde erschien oder besser aufschien – 384 400 Kilometer entfernt, eine «blaue Murmel» und so klein, dass man sie mit dem Daumennagel hätte abdecken können.

«Wow, is that pretty!» jubelte William Anders und griff zu seiner Hasselblad-500-Kamera, mit der er am Heiligen Abend des Jahres 1968 zu Beginn der vierten Umrundung des Mondes seine spektakuläre Aufnahme schoss. Als das Nasa-Foto AS8-14-2383HR, aufgenommen mit einer Brennweite von 250 Millimeter, wurde es weltberühmt. Die Astronauten, die ihre Ehepartner, Kinder und Freunde auf diesem Stecknadelkopf im All wussten, versanken in Demut. William Anders konnte nicht umhin, die biblische Schöpfungsgeschichte («Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde...») zu zitieren, und Borman sprach den Abschiedsgruss: «Wir schliessen mit einem Gutenacht. Viel Glück, fröhliche Weihnachten und Gott segne euch alle – euch alle auf der guten Erde.» Es war

der Gruss an unseren Planeten, der einem Menschen noch nie so fern und doch so nah erschienen war.

Nie auch ist die Verletzlichkeit dieser guten Erde, die da im Universum hängt wie ein schillernd blauer Golfball, augenfälliger geworden. Erst der Blick von dort draussen macht die kollektive Anstrengung so selbstverständlich, derer es bedarf, diese unsere kostbare Heimstatt zu bewahren. Astronaut William Anders, inzwischen 85, redet Klartext: Bevor wir weiter auf den Mars fliegen, erledigen wir doch erst einmal unsere Aufgaben hier unten. Er sagt es vor den Kameras von Regisseur Emmanuel Vaughan-Lee, der für die «New York Times» einen eindrucklichen 30-Minuten-Film unter dem Titel «Earthrise» zusammengestellt hat; über jenen Tag, an dem drei Astronauten ein Licht aufging. Sollte man sich anschauen, den Film, bevor spätestens im Juli das Ein-grosser-Schritt-für-die-Menschheit-Erinnerungs-Festival losbricht.

Jochen Schmid